

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Die Situation der Gewerkschaften in westlichen Industrieländern

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1956) : Die Situation der Gewerkschaften in westlichen Industrieländern, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 36, Iss. 2, pp. 63-71

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132226>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Die Situation der Gewerkschaften

in westlichen Industrieländern

Der Einfluß der Gewerkschaften in ENGLAND

London, 15. Februar

Man könnte den Trade Union Congress, die Dachorganisation der britischen Gewerkschaften, einen Staat im Staate nennen, liefe nicht die Idee, daß eine — noch so starke — private Interessenvertretung staatliche Funktionen ausüben könnte, den im Volksempfinden tief verwurzelten Spielregeln der parlamentarischen Demokratie zuwider. Die Jahreskonferenz des T.U.C. ist eine Art von Parlament, der Jahresbericht des Vorsitzenden ein politisches Ereignis. Die Reden und Resolutionen, die oft leidenschaftliche Debatten auslösen, berühren alle wichtigen wirtschaftlichen, sozialen und politischen — auch außenpolitischen — Probleme und dienen als viel beachtetes Spiegelbild der Meinungs- und Gefühlsströmungen in der Arbeiterschaft.

Wesentlicher Faktor der Labour-Partei

Während die britischen Gewerkschaften und ihre Zentralorganisation Arbeitnehmer aller politischen Anschauungen vereinigen, sind sie aber gleichzeitig ein wesentlicher Faktor der Labour-Partei, der sie als korporative Mitglieder (und Geldgeber) angeschlossen sind. Die Blockstimmen der Gewerkschaften gaben auf Labour-Parteikonferenzen mitunter den Ausschlag bei der Wahl von Parteifunktionären, und die Parlamentsfraktion der Labour-Partei zieht die Wünsche der Gewerkschaften ebenfalls bei der Wahl ihrer Führer in Betracht. Eine

gegen die Wünsche der Gewerkschaften gebildete Labour-Regierung ist undenkbar. So mächtig sind die britischen Gewerkschaften, daß auch die Konservativen einen direkten Zusammenprall mit ihnen zu vermeiden trachten. Sie erkennen das Recht der Gewerkschaften, an Lohnverhandlungen und -tarifen teilzunehmen, voll an, verlangen aber andererseits auch, daß die Gewerkschaften frei vereinbarte Kollektivverträge als verbindlich gegen eine Opposition in ihren eigenen Reihen verteidigen und auch bei Streitigkeiten auf die Streikwaffe solange verzichten, bis alle Möglichkeiten friedlicher Vereinbarung oder Schlichtung erschöpft sind.

Fairplay im Arbeitskampf

Diese Forderung von Regierung und Arbeitgeber wird von leitenden Gewerkschaftsfunktionären grundsätzlich anerkannt, aber nicht immer mit Erfolg gegen „unverantwortliche Elemente“ — gemeint sind Kommunisten, Scharfmacher, Eigenbrödler, mitunter auch einfach Faulpelze — verteidigt. Daß Arbeitskonflikte in Großbritannien trotz Vollbeschäftigung und Preisauftrieb eine Seltenheit sind, beweist das hohe Maß von Verantwortungsgefühl und „fair play“ der Gewerkschaften. Aber die wenigen großen Streiks in den letzten Jahren zeigten nicht nur, daß der Einfluß der Gewerkschaften auf ihre Mitglieder begrenzt ist, sondern daß sogar innergewerkschaftliche Auseinandersetzungen mitunter in einer der Allgemeinheit schaden- den Weise ausgetragen wurden.

Bei diesen Streiks ging es oft um Lappalien, wenigstens von außen gesehen, Verdacht von Verschleppungstaktiken bei Lohnverhandlungen, Unzufriedenheit mit veralteten oder unbequemen Arbeitsmethoden, mit Schichtarbeit und Zwang zu Überstunden, künstlich geschürte Empörung über angebliche Maßregelung von Arbeitskollegen machten sich schnell in Ausständen Luft, denen auch die in der hohen Diplomatie der Kollektivvertragsverhandlungen geschulten Beamten des britischen Arbeitsministeriums nicht immer gleich zu Leibe rücken konnten.

Innergewerkschaftliche Auseinandersetzungen

Zum Teil gingen die Streiks ausschließlich auf innergewerkschaftliche Auseinandersetzungen zurück. Ganze Belegschaften streikten verschiedentlich, um die Beschäftigung eines einzigen nicht gewerkschaftlich organisierten Arbeiters zu verhindern, und der Hafestreik in London und an der Nordwestküste Mitte vorigen Jahres, der den Verlust von schätzungsweise 600 000 Arbeitstagen mit sich brachte und dem britischen Ausfuhrhandel nachhaltigen Schaden zufügte, hatte seinen Grund in einem internen Streit zweier großer Gewerkschaften, des Transport- und Allgemeinen Arbeiter-Verbandes (T. G. W. U.) und der Nationalen Vereinigung der Schauerleute und Hafearbeiter (N. A. S. D.) über die Anwerbung von T. G. W. U.-Mitgliedern durch die N. A. S. D. Er endete, sobald sich die beiden großen Organisationen miteinander verständigt hatten.

Alle in der Abteilung „Zeitgespräch“ veröffentlichten Beiträge sind freie Meinungsäußerungen von Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Politik und von in- und ausländischen Mitarbeitern. Sie enthalten keine Stellungnahme der Redaktion und sind keine offiziellen Äußerungen der herausgebenden Institutionen.

Daß die N. A. S. D. radikale Tendenzen verfolgt, die T. G. W. U. dagegen die größte und auch politisch mächtigste Gewerkschaft ist, spielte in den Streit hinein. Überhaupt bietet jeder Streik, was auch immer sein ursprünglicher Anlaß sein mag, ein willkommenes Spielfeld für politische Propagandisten. So ist es denn nicht verwunderlich, daß kommunistische Agitatoren, die nirgendwo sonst in England Chancen haben, nicht lange fern bleiben, wenn irgendein kleiner Streik ausbricht. Sie finden bei ungelerten und Wanderarbeitern noch am meisten Anklang, vor allem in den Hafenstädten, und auch bei den Elektrikern, die eine der wenigen kommunistisch beeinflussten Gewerkschaften in England haben.

Es war ein Vertreter dieser Gewerkschaft, der auf der letzten T. U. C.-Jahreskonferenz der Vorstandsempfehlung eines als zweite Instanz für Schlichtungsverhandlungen dienenden unparteiischen Schlichtungstribunals widersprach, weil es die „Gewerkschaften daran hindern würde, einen Streik bis zum Endergebnis durchzuführen“, aber eine EntschlieÙung, daß „inoffizielle Streiks der Gewerkschaftsbewegung und dem Prinzip der Kollektivverhandlung schäd-

lich“ seien, nicht verhindern konnte. Eine von seiner Gewerkschaft eingebrachte EntschlieÙung „gegen alle Formen der Selbstbeschränkung in bezug auf Löhne“ und „für unbedingte Unterstützung aller für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen kämpfenden Gewerkschaften“ wurde abgelehnt.

Keine Kämpfe — sondern Verhandlungen

Die überwältigende Mehrheit der britischen Gewerkschaftsbewegung will keine Lohnkämpfe, sondern Lohnverhandlungen — im Sinne der politischen und gewerkschaftlichen Demokratie ebenso wie aus eminent praktischen Gründen: in Zeiten der Vollbeschäftigung sind nämlich Streiks und Arbeitsausfall auch für die Arbeiter (und Gewerkschaften) auf lange Sicht kostspielig. Nachdem ihre wichtigsten Ziele in bezug auf Löhne, Arbeitsbedingungen, Werksdemokratie, Sozialfürsorge und politische Anerkennung und Gleichberechtigung erfüllt sind und ihre Sprecher selbst im Parlament (natürlich nicht als Gewerkschaftler, sondern als Politiker) sitzen, erscheinen produktionsstörende Kampfmittel den Gewerkschaftsführern und den meisten ihrer Anhänger überflüssig und der allgemeinen Prosperität der Arbeiterschaft abträglich. (A.)

ausgerichtete Gruppe, die für die Gesamtbewegung aber nur von untergeordneter Bedeutung ist.

Lohnpolitische Tendenzen

Das Schwergewicht aller gewerkschaftlichen Arbeit liegt auch in Schweden auf lohn- und sozialpolitischem Gebiet. Schon seit Jahrzehnten werden sämtliche Kollektivverträge zwischen der „Landsorganisation“ und den Zentralverbänden der Arbeitgeber bzw. in bezug auf die Beamten sogar mit der Regierung abgeschlossen. Nach der bisherigen Praxis haben die Fachverbände der Arbeitnehmer mit den korrespondierenden Arbeitgeberverbänden verhandelt. Infolge der starken arbeitsmarktpolitischen Situation der Gewerkschaften, die durch den bekannten, besonders während der Nachkriegsjahre immer größer gewordenen Mangel an Arbeitskräften bedingt ist, ist das allgemeine Lohnniveau zu dem wahrscheinlich höchsten in Europa geworden, wobei aber in einzelnen Gruppen vor allem der Leichtindustrien die Löhne noch beträchtlich hinter den am besten gestellten Gruppen zurückgeblieben sind. Die Bemühungen der Gewerkschaften sind infolgedessen seit längerem auch in dieser Beziehung auf eine „Nivellierung“ ausgerichtet, mit der sich die Arbeitgeberseite wegen der verschlechterten Wettbewerbsverhältnisse bisher nicht einverstanden erklären konnte.

Gerade in diesem Jahr wurde zum ersten Male versucht, die Kollektivverträge zentral und generell nur zwischen den Spitzenorganisationen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern auszuhandeln, ein Verfahren, das sehr wahrscheinlich noch keine Allgemeingültigkeit erlangen wird, weil die Gegensätze zu groß sind. Deshalb werden die Kollektivverträge auch für 1956 voraussichtlich noch in besonderen Verhandlungen zwischen den Fachverbänden der Arbeitnehmer und Arbeitgeber abgeschlossen werden. Die Tendenz geht zweifellos aber dahin, die Lohnpolitik zentralistisch durch die beiden Sozialpartner zu regulieren.

Sozialpolitische Ziele

In sozialpolitischer Beziehung gilt Schweden bekanntlich seit langem schon als eine Art Musterland; etwas überspitzt ausgedrückt

Starke Stellung der Gewerkschaften in SCHWEDEN

Stockholm, 13. Februar
Obwohl sehr viel jüngeren Datums als in den großen Industrieländern, hat sich in Schweden die Gewerkschaftsbewegung eine ausgesprochen starke Machtposition geschaffen, deren allmähliche Entwicklung ungefähr mit dem Aufschwung auf industriellem Gebiet zusammenfällt, den Schweden in den letzten fünfzig Jahren durchgemacht hat. Erst 1898 wurde die „Centralorganisation för Sveriges fackligt organiserade arbetare“ (Zentralorganisation für die fachlich organisierten Arbeiter Schwedens) gegründet, der gegenwärtig 45 Fachverbände praktisch aller Branchen mit etwa 1,35 Mill. Mitgliedern angehören. Die „Landsorganisationen“, das ist die verkürzte Bezeichnung für die genannte Zentralorganisation, bildet

gewissermaßen das „Dach“ der schwedischen Gewerkschaften, die Fachverbände sind außerdem regional weitgehend durchorganisiert. Neben dieser zur Hauptsache die Arbeiter umfassenden Zentralgewerkschaft gibt es die „Tjänstemännens centralorganisation — TCO“ (Zentralorganisation der Angestellten) mit etwa 350 000 Mitgliedern der niederen und mittleren nichtakademischen Angestelltenkategorien, vornehmlich der Industrie, des Handels, der Banken, der Versicherungsgesellschaften usw. Hinzu kommt schließlich eine nach ihrer Mitgliederzahl sehr viel kleinere Gewerkschaftsorganisation der akademischen Berufe. Die Gesamtzahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer Schwedens beläuft sich auf ungefähr 2 Mill. Mitglieder, darunter eine kleine syndikalistisch

kann sogar gesagt werden, daß alle sozialen Wünsche der Arbeitnehmer erfüllt worden sind. Vor zwei Jahren etwa ist die Frage des Urlaubs prinzipiell geregelt worden. Die Verkürzung der Arbeitszeit ist seit langem Gegenstand eingehender Diskussionen, vorläufig aber sieht es nicht danach aus, daß die 48-Stunden-Woche schon sehr bald durch eine kürzere Arbeitswoche ersetzt werden wird. Hoch aktuell ist dagegen die Pensionierung der Arbeiter. Hierüber wurde vor kurzem ein Gutachten bekannt, das jedoch von beiden Sozialpartnern abgelehnt worden ist und in einigen Monaten erneut vorgelegt werden dürfte. Selbstverständlich haben die schwedischen Gewerkschaften einen großen Einfluß auf die Arbeiterschutzgesetzgebung, die Förderung des Baus von Arbeiterwohnungen und alle anderen hierher gehörenden Fragen. In vielen Fällen kann sogar gesagt werden, daß die offizielle Wirtschaftspolitik wesentlich durch die gewerkschaftliche Stellungnahme beeinflusst wird. Die Position der Gewerkschaften wird in Schwe-

den dadurch verstärkt, daß seit Jahrzehnten die Regierungen unter sozialdemokratischer Führung stehen. Die Ortsgruppen der der „Landsorganisation“ angehörenden Fachverbände sind zum großen Teil der Sozialdemokratischen Partei korporativ angeschlossen. Zu erwähnen ist schließlich, daß der kommunistische Einfluß in der schwedischen Gewerkschaftsbewegung höchst unbedeutend ist. Er kommt gegenwärtig nur in den Grubenbezirken

Norrlands in nennenswertem Maße vor und ist hier mehr aus der Landschaft bedingt als durch politische oder wirtschaftliche Programmatik. Der geringe kommunistische Einfluß hat außerdem die Folge, daß gewerkschaftliche Kampfmittel zwar prinzipiell nicht abgelehnt werden, daß sie aber in den letzten zwei Jahrzehnten nur in ganz geringem Umfang und auch dann noch mit Widerwillen eingesetzt worden sind. (dt.)

Zerfallerscheinungen der Gewerkschaften in FRANKREICH

Paris, 14. Februar

Seit dem politisch bedingten Zerfall der Einheitsgewerkschaft Ende 1947 befindet sich die französische Gewerkschaftsbewegung in einer vorläufig ausgeweglosen Krise, die mit echten Zerfallerscheinungen verbunden ist. Vom politischen Staatsapparat wird den Gewerkschaften weit mehr Bedeutung beigemessen, als ihnen ihrer inneren Stärke nach zukommt. Man befürchtet übrigens mehr ihre demagogischen Übertreibungen, die geeignet sind, das

soziale Klima zu gefährden, als die ihnen noch innewohnende Aktionskraft.

Die Konkurrenz der Verbände

Zersplitterung und geringer Mitgliederstand bei mangelnder interner Geschlossenheit gehen Hand in Hand. Keiner der Gewerkschaftsverbände hat den Mut, seine Mitgliederzahlen zu veröffentlichen. Nach ungefährender Schätzung sind heute im äußersten Falle noch 3 Mill. Arbeitnehmer gewerkschaftlich organisiert gegenüber 9 Mill.

Wir sichern Ihre Energie-Versorgung

ESSO

Die Wärme-Ingenieure der ESSO beraten Sie gern über alle Einzelheiten. Bitte wenden Sie sich an die nächstgelegene ESSO-Verkaufsabteilung und fordern Sie den Besuch eines Experten an. Das ist ohne jede Verbindlichkeit für Sie.

Verkaufsabteilungen in:

BERLIN · BREMEN · DORTMUND · DÜSSELDORF · DUISBURG
FRANKFURT · HAMBURG · HANNOVER · KASSEL · KIEL
KOBLENZ · KÖLN · MANNHEIM · MÜNCHEN · MÜNSTER
NÖRNBERG · REGENSBURG · STUTTGART · ULM

Für jeden Betrieb ist die Sicherstellung der Energieversorgung von entscheidender Bedeutung. In vielen Fällen stellt die Umstellung auf Heizöl die Lösung des Problems dar. Dann taucht die entscheidend wichtige Frage auf: „Welches ist die richtige Ware, und wer ist der richtige Lieferant?“ Darum ist es wichtig, zu wissen, daß die ESSO-Organisation mit ihrer weltweiten Erfahrung jede Sorte Heizöl jederzeit und an jeden Ort zu liefern in der Lage ist.

ESSO HEIZÖL

in den ersten Nachkriegsjahren. Die Hälfte dieses Mitgliederbestandes entfällt auf die kommunistische Gewerkschaft CGT (Confédération Générale du Travail), weniger als ein Drittel etwa zu gleichen Teilen auf die den Sozialisten nahestehende Gewerkschaft CGT-Force Ouvrière und die christliche Gewerkschaft CFTC (Confédération Française des Travailleurs Chrétiens), während sich in den Rest die Kadergewerkschaft CGC (Confédération Générale des Cadres) und eine längere Liste autonomer Verbände wie Buchdrucker, Lehrer, Eisenbahner usw. teilen. Die im Zusammenhang mit dem Gaullismus 1948 hochgekommene sogenannte Unabhängige Gewerkschaft, die finanziell von den Unternehmern unterstützt wurde, ist fast ganz wieder verschwunden.

Interne Meinungsverschiedenheiten

In den drei maßgebenden Verbänden CGT, Force Ouvrière und CFTC steht die Leitung einer mehr oder weniger bedeutenden Minderheit gegenüber. Am stärksten sind die Meinungsverschiedenheiten in der Christlichen Gewerkschaft, deren Minderheit etwa 40 % der Mitgliedschaft erfaßt und einen sehr scharfen Linkskurs mit revolutionär klingendem Sprachschatz empfiehlt, während sich die Mehrheit traditionsgemäß vorwiegend auf die christliche Sozialethik stützt. Den Kern der Force Ouvrière bilden die Beamten, während die Arbeitermitglieder dort kaum ins Gewicht fallen. Die Vertreter der Arbeitergruppen drängen jedoch auf einen schärferen Kurs, in der Hoffnung, auf diese Weise der kommunistischen Gewerkschaft einen Teil ihrer Anhänger entziehen zu können. Neuerdings sind selbst die Kommunisten inneren Meinungsverschiedenheiten ausgesetzt. Während die Parteivertreter, die den Apparat beherrschen, eine politische Taktik verfolgen, jede konstruktive Mitarbeit innerhalb der kapitalistischen Struktur ablehnen und die These verfechten, im kapitalistischen Regime lasse sich die materielle Lage des Arbeiters auf keinen Fall verbessern, hegt eine revisionistische Minderheit, die sich offiziell außerhalb der kommunistischen Partei befindet, was aus taktischen Gründen von den kommuni-

stischen Führern stets gewünscht wurde, eine realistischere Einstellung, da die Arbeiter nicht auf die Verwirklichung der kommunistischen Gesellschaft warten könnten und auf kurzfristige Vorteile entscheidenden Wert legten. Ihrer Überzeugung nach erklärt sich der geringe Mitgliederbestand der Gewerkschaft durch ihre völlig unzweckmäßige Politisierung.

Sinnlose Demagogie

Zweifellos steht die CGT im Dienste der kommunistischen Partei, während die anderen Gewerkschaften jede parteimäßige Bindung ablehnen, jedoch gleichzeitig durch ihre betont antikommunistische Haltung ein politisches Gepräge erhalten. Immer wieder werden übrigens bei Streikbewegungen von den Kommunisten Versuche zur Bildung einer gewerkschaftlichen Einheitsfront unternommen. Im betrieblichen Rahmen haben sie mitunter Erfolg, nie aber auf höherer Ebene. Selbst die Linksgruppe der christlichen Gewerkschaft steht den Kommunisten mißtrauisch gegenüber. Jedenfalls lastet die politische Hypothek sehr stark auf dem französischen Gewerkschaftsgefüge und ist weitgehend für seine Lähmung verantwortlich. Dazu kommt, daß in den letzten Jahren die Arbeiter zu der Überzeugung gelangten, die Gewerkschaften könnten nur einen geringen Beitrag zur Verbesserung ihrer materiellen Lage leisten, die in der einen oder anderen Form eng an das Schicksal des Betriebes und an den sozialen Willen des jeweils verantwortlichen Unternehmers gebunden ist. Von der Gewerkschaftsebene verlagerte sich so mehr und mehr der soziale Kampf in den Betrieb, während die Gewerkschaftsleitungen verständnislos auf äußerster Zentralisierung ihrer immer wirkungsloser werdenden Apparate bestehen. In dem verzweifelten Bemühen, ihr Ansehen innerhalb der Arbeiterschaft zu stärken, leisten sie sich seit einigen Jahren eine Sozialdemagogie, die von den Gewerkschaftsführern im privaten Gespräch selbst als völlig sinnlos bezeichnet wird und innerhalb der Arbeiterschaft kaum ein Echo findet, weil die Lohnempfänger genügend aus der zurückliegenden Inflationsperiode gelernt haben, um die engen Zu-

sammenhänge zwischen Löhnen und Preisen, zwischen Täuschung und echter Kaufkraft zu erkennen. Dessen ungeachtet verfälschen die gewerkschaftlichen Forderungen die politische Atmosphäre und tragen nicht wenig zur mangelnden Stabilität Frankreichs bei.

Die kommunistische CGT befindet sich seit langem in Abseitsstellung. Obwohl sie bei Betriebsratswahlen meistens zwei Drittel der Stimmen und mehr auf sich vereinigt, wird sie wegen ihrer dogmatisch negativen Haltung zu Lohnverhandlungen nicht hinzugezogen. Einige fortschrittliche Tarifverträge mußten von ihr in den letzten Monaten wohl oder übel nachträglich gebilligt werden, weil die Belegschaften, einschließlich der kommunistischen Parteimitglieder, mit den gewährten Vergünstigungen restlos zufrieden waren. Diese Verhältnisse sind bezeichnend für den augenblicklichen Scheincharakter der französischen Gewerkschaften.

Strukturelle Schwäche

Die Schwächen der französischen Gewerkschaftsbewegung sind struktureller Art und hätten sich auch ohne die von den Kommunisten verschuldete Politisierung in einer Epoche grundlegender Umgestaltung des Sozialverhältnisses bemerkbar gemacht. Seit ihrer Gründung hatten sie einen vorwiegend anarchistischen Charakter, an dem die später angenommene marxistische Tünche wenig änderte. Die französischen Gewerkschaften waren stets nur fordernd und nie konstruktiv, sie entbehrten der in Großbritannien und auch in Deutschland so wichtig gewesenen Verbindung mit dem Genossenschaftswesen. Besonders verhängnisvoll wirkt sich die ebenfalls traditionelle Politik niedriger Mitgliedsbeiträge aus. Selbst in ihren kurzen Blütezeiten blieben die französischen Gewerkschaften arm und vernachlässigten völlig die wirtschaftliche und soziale Schulung ihrer Kader, die, von wenigen Ausnahmen abgesehen, über das Dilettantentum nie hinauskamen und in allen Verhandlungen erschütternd unterlegen sind. Als einzige Funktion verblieb so der Gewerkschaftsbewegung bis heute und vorläufig auch für absehbare Zukunft der Lohnkampf. (fr.)

Die Zersplitterung ist charakteristisch für ITALIEN

Rom, 13. Februar

Betrachtet man die Entwicklung der italienischen Gewerkschaftsbewegung in der Nachkriegszeit, fällt einem die stets fortschreitende Zersplitterung auf, die sich seit 1948 angebahnt hat und noch immer nicht zum Stillstand gekommen zu sein scheint. Ob es sich hierbei um eine dem italienischen Verbandswesen innewohnende Erscheinung handelt, möge dahingestellt bleiben. Tatsache ist, daß sich schon in den Anfängen der Gewerkschaftsgeschichte ähnliche Spaltungstendenzen zeigten, die dazu führten, daß die erst 1874 begonnene Bewegung (damals gründeten die Drucker die erste Gewerkschaft) noch vor dem ersten Weltkrieg drei Dachorganisationen aufkommen sah. Der Faschismus stellte dann einen völligen Umbruch dar, insofern als er einen dem Korporationenwesen einzugliedernden staatlichen Einheitsverband förderte und somit jedes selbständige Gewerkschaftsleben unterband.

Das Kräfteverhältnis der Verbände

Erst nach Kriegsende konnte die Gewerkschaftsbewegung sich wieder entfalten: so bildete sich 1945 ein einziger, alle politischen Tendenzen umfassender Verband „Confederazione Generale Italiana del Lavoro CGIL“, der dank seiner geschlossenen Front und der besonderen Lage der italienischen Wirtschaft einige Monate lang eine Vormachtstellung einnahm. Die Einheit sollte allerdings nicht von langer Dauer sein, und zwar zerbrach sie daran, daß einerseits der kommunistische Flügel der Organisation das Heft an sich zu reißen suchte, andererseits die langsam erstarkende Schicht der Unternehmer auf die Bildung einer gemäßigteren Organisation pochte. Während in der Folgezeit die CGIL stets extremere Tendenzen

vertrat, bildeten sich nacheinander drei weitere Verbände, in denen sich die gemäßigeren Elemente organisierten: und zwar die eher christlich ausgerichtete, wenn auch formell gänzlich „freie“ „Confederazione Italiana Sindacati Lavoratori CISL“ (hinter der die betont christlichen „Associazioni Cristiane dei Lavoratori Italiani ACLI“ stehen), die faschistische „Confederazione Italiana Sindacati Nazionali Lavoratori CISNAL“ und die „Unione Italiana Lavoratori UIL“, die alle anderen Richtungen umfaßt. Daneben kamen auch fachliche, zum Teil regional beschränkte Gewerkschaften auf, die einzeln genommen wohl geringe Bedeutung haben, aber dazu beitragen, das Bild auf der Arbeitnehmerseite zu verwirren und die Front noch mehr zu spalten.

Was die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder betrifft, ist man auf Schätzungen angewiesen, da kein Verband je genaue Angaben veröffentlicht hat. Am stärksten — wenn auch im Rückgang begriffen — ist die CGIL, die wohl rund 3 Mill. Mitglieder zählt, obwohl sie selbst 5 Mill. angibt; an zweiter Stelle steht die CISL, deren Behauptung, rund 2 Mill. Mitglieder zu haben, stimmen dürfte; es folgen die UIL mit nicht ganz 500 000 und die CISNAL mit rund 50 000 Mitgliedern. In diesem Zusammenhang ist es aufschlußreich, die Ergebnisse der letzten Wahlen der „Commissioni Interne“ (mit den deutschen Betriebsräten vergleichbar) in Betracht zu ziehen, da sie ein Schlaglicht auf das Stärkeverhältnis zwischen den einzelnen Verbänden werfen: von 839 037 in 2 755 Industriebetrieben abgegebenen gültigen Stimmen entfielen 55 % auf die CGIL (gegenüber 65 % in den vorhergehenden Wahlen), 35 % auf die CISL (gegenüber

27 %) 5,6 % auf die UIL und der Rest auf die anderen Gewerkschaften.

Kommunisten verlieren an Attraktion

Offenbar hat die Taktik der Kommunisten die Anziehungskraft verloren, die sie bisher ausübte, zumal in letzter Zeit die von ihr veranstalteten Streiks meist keinen sichtbaren Erfolg zeitigten und die Forderungen teilweise selbst von den anderen Gewerkschaften als zu hochgesteckt empfunden wurden. Dies hat sich besonders deutlich anlässlich der Verträge über das „Conglobamento“ gezeigt, bei denen es darum ging, die Löhne, die bis dahin aus bis zu 18 verschiedenen Elementen wie Teuerungs-, Brot-, Ausgleichszulagen usw. bestanden, zusammenzufassen und gleichzeitig eine Lohnerhöhung zu gewähren: während nun die CGIL die letztere auf 10 % ansetzte, erklärten sich die anderen Verbände mit einer Erhöhung von rund 5 % zufrieden und unterzeichneten den Tarifvertrag, so daß die CGIL wohl oder übel klein beigeben und ebenfalls unterschreiben mußte. Es sei bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen, daß es in Italien keine allgemeinverbindlichen Tarifverträge gibt, obwohl von der Verfassung die Ausarbeitung eines entsprechenden Gesetzes vorgesehen ist und seit Jahren von interessierter Seite gefordert wird; die Vereinbarungen sind also nur für die sie unterzeichnenden Arbeitgeber- bzw. Arbeitnehmerorganisationen verbindlich.

Seit über einem Jahr herrscht nun in Italien im großen und ganzen der Arbeitsfriede, wenn auch die CGIL mit aller Gewalt versucht, mit ihren Forderungen nach weiteren Lohnerhöhungen durchzudringen und es auch noch vereinzelt zu Streiks kommt. Auch von seiten der CISL sind Forderungen auf weitere Lohnerhöhungen ge-

VEREINSBANK IN HAMBURG

ÄLTESTE HAMBURGER GIROBANK

ZENTRALE: HAMBURG 11, ALTER WALL 20-30, TELEFON 341015
21 FILIALEN UND ZWEIGSTELLEN IN GROSS-HAMBURG, CUXHAVEN UND KIEL

stellt worden, doch hat man sich dabei auf den Standpunkt gestellt, daß diese im Einklang mit der Produktivitätszunahme der einzelnen Betriebe und mit deren vermehrten Einnahmen stehen sollen.

Gewerkschaftspolitische Ziele

Tatsächlich haben die Gewerkschaften in der Nachkriegszeit einiges erreicht; man bedenke nur, daß bei einem Index der Lebenshaltungskosten von rund 60 (1938 = 100) die Löhne der Arbeiter (ohne Familienzulagen) im November 1955 in der Landwirtschaft auf 87, in der Industrie auf 70, im Handel auf 66 und im Transportwesen auf 61 standen, also das Vorkriegsniveau durchaus überschritten haben. Die gleiche Feststellung läßt sich allerdings nicht im Hinblick auf die Gehälter der Angestellten in den verschiedenen Wirtschaftszweigen machen. Immerhin ist die gleitende Lohnskala nun allgemein eingeführt und schützt die Lohnempfänger vor einer Verminderung ihres Reallohns durch eine etwaige Geldentwertung. Außerdem ist ganz kürzlich durchgesetzt worden, daß das Parlament eine Kommission einsetzt, die die in der italienischen Industrie herrschenden Arbeitsbedingungen festzustellen hat.

Was die Mitbestimmung im Rahmen der Betriebsverwaltung betrifft, scheinen alle Versuche in dieser Richtung nunmehr endgültig gescheitert zu sein. Die Mitbestimmung wurde zwar nach Kriegsende unter den günstigsten Voraussetzungen und unter Berufung auf Artikel 46 der Verfassung (die das Recht des Arbeiters auf Mitarbeit bei der Verwaltung der Betriebe anerkennt) eingeführt; doch den meistens nach politischen Gesichtspunkten ausgesuchten Mitgliedern der „Consigli di Gestione“ (die etwa den deutschen Betriebsausschüssen entsprechen) fehlte die notwendige Erfahrung und Vorbildung, so daß es der Betriebsleitung ein leichtes war, diese Ausschüsse beiseite zu schieben.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die italienische Gewerkschaftsbewegung Wesentliches zur Wahrung der Interessen der Lohnempfänger geleistet hat und noch immer leistet. Daß sie durch Unvermögen und Mangel an Er-

fahrung manches versäumte und verlor, ist verständlich. Andererseits hat sie auch manches gelernt: so hat sie zum Beispiel Bestrebungen ausgelöst, die zum Ziele haben, diejenigen Betriebe, deren Aktienmehrheit der Staatsholding „Istituti di Ricostruzione Industriale IRI“ gehört, von dem Bundesverband der italienischen Industrie, der „Confindustria“, loszulösen. Der Zweck dieser Initiative ist offen-

sichtlich, abgesehen von einer entscheidenden Schwächung der „Confindustria“, einen Keil in die bisher einheitlich organisierte Front auf der Arbeitgeberseite zu treiben. Es ist nur die Frage, ob und wann eine Entscheidung fällt, da bei den vielen und schwerwiegenden Interessen, die auf dem Spiele stehen, keiner der Gegner nachgeben wird. Und zu Kompromissen ist man bekanntlich niemals gern bereit. (F-H)

Öffentlich-rechtliche Tendenzen in der SCHWEIZ

Genf, 15. Februar

Der „Schweizerische Gewerkschaftsbund“ betrachtet als sein Geburtsjahr das Jahr 1880 und als seinen geistigen Vater den schlesischen Buchbindergesellen Hermann Greulich, der 1862 in Zürich eingewandert war und bis zu seinem Tode 1925 am Aufbau des Sozialismus und der Gewerkschaften in der Schweiz entscheidend mitgewirkt hat. Als 1906 der „proletarische Klassenkampf“ gegen Greulichs Widerstand in die gewerkschaftlichen Bundesstatuten Aufnahme fand, wurde die Bildung neuer Gewerkschaften auf anderer weltanschaulicher Grundlage gerechtfertigt. Dieser gewerkschaftliche Pluralismus besteht noch heute, unbeeinflusst durch den Beschluß des sozialistischen Gewerkschaftsbundes vom Jahre 1947, parteipolitische Neutralität und konfessionelle Toleranz statutarisch niederzulegen. Wie die Mitgliederzahlen zeigen, spielt der Schweizerische Gewerkschaftsbund eine überragende Rolle: seinen mehr als 400 000 Mitgliedern haben die Christlich-Nationalen (Katholiken) gut 70 000 gegenüberzustellen, die Evangelischen und die Freien oder Freisinnigen nur je 17 000.

Unabhängig vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund steht die Vereinigung Schweizerischer Angestelltenverbände da, von deren 80 000 Mitgliedern rund 60% auf die Handlungsgehilfen des Schweizerischen Kaufmännischen Vereins entfallen. Diese Vereinigung wird von einem links-bürgerlichen Nationalrat geleitet und hat in den letzten Jahren bei sozialpolitischen Entscheidungen mit dem Gewerkschaftsbund zusammengestanden.

Eigentümlich für die Schweiz ist die Partnerschaft zwischen dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund und dem „Föderativverband des Personals öffentlicher Verwaltungen“. Eisenbahner, Postangestellte, Zollbeamte und das Personal der öffentlichen Dienste (in Kantonen und Gemeinden) gehören beiden Organisationen an, dem Gewerkschaftsbund und dem Föderativverband. Diese Angehörigen der öffentlichen Dienste machen ein volles Viertel der gesamten Mitgliederzahl des Gewerkschaftsbundes aus. Aus ihren Reihen stammte Nationalrat Bratschi, der über zwanzig Jahre die Geschicke des Gewerkschaftsbundes überlegen geleitet hat. Erst vor einem Jahr ist an seine Stelle der Präsident einer echten Arbeitergewerkschaft, des Metall- und Uhrenarbeiterverbandes, getreten.

Das „Friedensstatut“

Vor zwanzig Jahren hat sich der Schweizer Sozialismus aus der revolutionären Partei des Klassenkampfes zur staaterhaltenden Partei gewandelt, um sich gegen Faschismus und Nationalsozialismus zu schützen. Zur gleichen Zeit schlossen in den Jahren der Wirtschaftskrise Dr. Dubois für die Arbeitgeber und Konrad Ilg für die Metallarbeiter das sogenannte Friedensstatut „auf Treu und Glauben“, das anstelle von Streiks und Aussperrungen den Verhandlungsweg vorschrieb. Seither herrscht Arbeitsfrieden in der Schweiz. Das Friedensstatut drang auch in die anderen Berufsgruppen ein, und es begann die Ära der Gesamtarbeitsverträge, deren es heute über 1 500 gibt. Mehr als die Hälfte davon betrifft immer nur

ein Unternehmen, andere sind lokal und regional begrenzt. Das System hat sich nach allgemeiner Auffassung bewährt; gut die Hälfte aller unselbständig Erwerbstätigen, 800 000 bis 900 000 Personen, stehen unter dem Vertragsrecht.

Auf Drängen der Linken soll dieses Vertragsrecht jetzt öffentlich-rechtlichen Charakter erhalten. Den Gesetzentwurf der Regierung haben aber die Arbeitgeber und der Gewerkschaftsbund vorerst noch zurückgewiesen. Der letztere wehrt sich gegen die Gleichberechtigung, die im Gesetzentwurf den konkurrierenden Splittergewerkschaften zuerkannt wird. Die Vertreter des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes möchten dank ihrer Stärke allein für Tarifverträge federführend sein. Die Arbeitgeber ihrerseits wehren sich gegen die „Arbeitsvertragsgemeinschaft“. Im Gegensatz zum geltenden Rechtsschutz werden durch die öffentlich-rechtliche Konstruktion der Arbeitsvertragsgemeinschaft den Gewerkschaften Befugnisse gegenüber Außenstehenden, Kontroll- und Klagerecht, eingeräumt. Nach Ansicht der Arbeitgeber hat sich das privatrechtliche Obligationsrecht zur Regelung der Arbeitsverträge als durchaus genügend bewährt.

Sozialpolitische Ziele

Der Gewerkschaftsbund hat vor kurzem zur Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung und zur Wahrung der Konsumenteninteressen eine Arbeitsgemeinschaft mit der Vereinigung der Angestelltenverbände und dem ihm personell eng verbundenen Föderativverband des Personals öffentlicher Verwaltungen gebildet, dies nicht zuletzt auch im Hinblick auf eine bevorstehende Volksabstimmung über die Fortführung der Preis- und Mietkontrolle. Nach außen wird damit demonstriert, daß eine sachlich bestimmte Interessengemeinschaft vor weltanschaulichen Unterschieden Vorrang haben soll.

Es lassen sich aber auch in den eigenen Reihen des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes Gegensätze beobachten, für die der Marxismus nicht mehr die einigende Klammer darstellt. Gegensätze bestehen zwischen der rechtsstehenden, wirtschafts- und sozialpolitisch ausgezeichnet orientierten Metall-



und Uhrenarbeitergewerkschaft und dem Textilarbeiterverband, der für kommunistische Infiltration anfällig sein kann. Die Gewerkschaften des Personals öffentlicher Verwaltungen haben keine Hemmungen gegenüber gesetzlichen Regelungen, wohl aber die Gewerkschaften, die mit ihrer Vollbeschäftigungspolitik an die Weltmärkte gebunden sind und befürchten, bei zu weitgehender gesetzlicher Regelung bleibe für die Gewerkschaften nicht mehr genug zu tun, so daß sie an Anziehungskraft verlieren.

Die Verstaatlichungspolitik Frankreichs und Großbritanniens in den Nachkriegsjahren hat im Schweizerischen Gewerkschaftsbund wohl Anhänger gehabt, aber sie hat

keine Nachahmung gefunden. Das gleiche scheint sich jetzt im Hinblick auf die deutsche Politik der Mitbestimmung zu vollziehen. Es gibt Gewerkschafter, die die deutsche Theorie der Wirtschaftsdemokratie bejahen, aber die leitenden Persönlichkeiten des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes hegen wohl Bedenken, daß das Mitbestimmungsrecht Funktionen und Kompetenzen von Unternehmern und Gewerkschaftsvertretern unzulässig vermengt. Unter dem Aspekt der Vollbeschäftigungspolitik gewinnt für die Gewerkschaft in der export-orientierten Schweiz der freie Unternehmer an Bedeutung und verliert die diabolischen Züge der marxistischen Epoche. (el)

Keine klassenkämpferischen Tendenzen in den USA

Washington, 12. Februar

Die organisierte Arbeiterschaft in den USA umfaßt mehr als 16,5 Mill. Mitglieder in rund 200 unabhängigen Gewerkschaften („national“ bzw. „international unions“ genannt, worin kein Unterschied liegt, sondern nur die Entstehung aus ehemals rein örtlichen Gewerkschaften zum Ausdruck kommt). Damit ist ungefähr jeder vierte erwerbstätige Amerikaner gewerkschaftlich organisiert. Die jährlichen Einnahmen aus Beiträgen und Gebühren lassen sich für alle Gewerkschaften auf fast 500 Mill. \$ veranschlagen.

Organisation

Wegen der großen Mannigfaltigkeit amerikanischer Gewerkschaften und ihrer Zielsetzungen lassen

sich schwerlich verallgemeinernde Aussagen machen. Die 200 „internationals“ sind selbständige Organisationen. Es sind alle Größenordnungen vertreten, von der winzigen Siderographers' International (Stahlstecher) mit 44 Mitgliedern bis zu den Riesenorganisationen der Teamsters (Krafffahrer), der Automobil- und der Stahlarbeiter, die jede rund 1¼ Mill. Mitglieder umfassen. Vor 20 Jahren tobten innerhalb der American Federation of Labor (AFL) bittere Kämpfe, die sich im wesentlichen an dem Gegensatz zwischen Fach- und Einheitsgewerkschaft entzündeten. Obwohl diese Frage heute viel von ihrer damaligen Schärfe verloren hat, so ist der Streit doch keines-

wegs beigelegt. Unweigerlich ergeben sich immer wieder Kompetenzstreitigkeiten zwischen den zahlenmäßig starken Industriegewerkschaften und den (heute allerdings kaum noch in reiner Form bestehenden) Fachgewerkschaften, die um die Organisierung aller Angehörigen ihres Berufszweiges in verschiedenen Industrien bemüht sind. Schließlich bestehen in der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung auch scharfe ideologische Gegensätze. Die meisten Mitgliedsorganisationen der AFL haben sich politisch weniger betätigt als die „jüngeren“ Gewerkschaften, die im Congress of Industrial Organizations (CIO) zusammengeschlossen sind. Die Gewerkschaften der Bekleidungsindustrie haben sich stark für „dritte“ politische Parteien eingesetzt, so vor allem für die Amerikanische Arbeiterpartei und später die Liberale Partei, die beide im Staate New York ihren Schwerpunkt haben. Eine kleine Anzahl unabhängiger Gewerkschaften schließlich wurden 1949 und 1950 aus der CIO ausgeschlossen und können als kommunistisch geführt und beherrscht gelten.

Der 5. Dezember 1955 bezeichnet das Ende eines zwanzigjährigen Bürgerkrieges in der amerikanischen Arbeiterbewegung. An diesem Tage wurde von den Mitgliedsgewerkschaften der AFL und der CIO mit überwältigender Mehrheit der Zusammenschluß zu einer neuen Organisation, der AFL-CIO, gebilligt. Mit 15 Mill. amerikanischen Mitgliedern (die internationalen Gewerkschaften besitzen rund 1 Mill. Mitglieder außerhalb der USA, die in der oben genannten Zahl von 16,5 Mill. nicht enthalten sind) stellt dieser Verband den größten gewerkschaftlichen Zusammenschluß der freien Welt dar. Er umfaßt mehr als 90 % der amerikanischen Gewerkschaftsmitglieder, während über 1,5 Mill. Mitglieder in Gewerkschaften außerhalb dieses Verbandes organisiert sind. Diese nicht angeschlossenen Gewerkschaften lassen sich in vier Hauptgruppen klassifizieren: Die Bergarbeitergewerkschaft unter ihrem Führer John L. Lewis mit 600 000 Mitgliedern, die Eisenbahnergewerkschaften mit ungefähr 400 000 Mitgliedern, die sich aus vier mächtigen Fachgewerkschaften

zusammensetzen, dann die wegen kommunistischer Beherrschung aus der CIO ausgeschlossenen Organisationen, von denen heute noch vier als schlagkräftige, unabhängige Gewerkschaften mit einer Gesamtmitgliederzahl von 250 000 — 300 000 anzusprechen sind (die United Electrical Workers, die Mine, Mill and Smelter Workers, die International Longshoremen's and Warehousemen's Union, und die American Communications Association), sowie schließlich eine Vielzahl kleinerer Organisationen und Gruppen.

Wirtschaftliche Aktivität

Die Ziele amerikanischer Gewerkschaften unterscheiden sich deutlich von denen der Gewerkschaftsbewegung in Europa. Die Arbeiterschaft in Amerika lehnt den Klassenkampf ab und setzt sich in Theorie und Praxis uneingeschränkt für das Fortbestehen des Kapitalismus ein. Führung wie Mitglieder unterstützen die freie Unternehmenswirtschaft und das Gewinnstreben. Auch liegen keinerlei Anzeichen dafür vor, daß die amerikanische Gewerkschaftsbewegung beabsichtigt, eine unabhängige politische Partei zu errichten.

Die amerikanische Gesellschaft zeichnet sich durch große horizontale und vertikale Mobilität aus. Klassenunterschiede sind erheblich fließender als in älteren europäischen Gesellschaften. Die Gewerkschaften, die sich nicht auf klassenbewußte Mitglieder stützen konnten, haben sich hier von Anfang an darauf konzentriert, sich die ausschließliche Zuständigkeit für bestimmte Funktionen zu sichern sowie ihre Mitglieder und die Besetzung von Arbeitsplätzen durch das System des „closed shop“ oder des „union shop“ zu kontrollieren. Kollektivverhandlungen über Löhne, Arbeitszeit und andere Arbeitsbedingungen sind die am weitesten verbreitete Methode, durch die sie ihren Mitgliedern einen fortlaufend gerechten Anteil an den enormen in Handel und Industrie erzielten Gewinnen zu sichern suchen. Mit einem Wort: die amerikanischen Gewerkschaften sind in erster Linie „arbeitsplatzbewußt“, und der überwiegende Teil ihrer Aktivität resultiert aus rein wirtschaftlichen Zielsetzungen; in ty-

pischer Sicht sind sie mehr an einem Aushandeln günstiger neuer Kollektivverträge und an der Beseitigung von Unzulänglichkeiten bestehender Verträge interessiert als an nationalen politischen Entwicklungen und an internationalen Problemen der Arbeiterschaft.

Regierung und Gewerkschaft

Seit 1935 sind die jeweiligen Regierungen den amerikanischen Gewerkschaften günstig gesonnen gewesen. Durch den National Labor Relations Act wurden die Grundsätze der Koalitionsfreiheit und der Kollektivverhandlung gesetzlich untermauert. Verschiedene Entscheidungen des Obersten Gerichtshofes aus der Vorkriegszeit betrachteten das Ausstellen friedlicher Streikposten als eine Form der freien Meinungsäußerung. Ohne Zweifel hatte die wohlwollende Regierungspolitik einen erheblichen Anteil daran, daß sich die Mitgliederzahl der Gewerkschaften zwischen 1935 und 1955 auf das Fünffache erhöhte.

In der Nachkriegszeit sind jedoch auch negative Regierungsmaßnahmen getroffen worden. Durch den Taft-Hartley Act von 1947 wurde den Arbeitern ausdrücklich das „Recht“ zugestanden, auf Organisierung und Kollektivverhandlung zu verzichten. Das Gesetz verbot auch das Prinzip des „closed shop“, bestätigte Gesetze der Einzelstaaten, die jegliche Form von Gewerkschaftsverträgen über soziale Sicherheit untersagten, verbot sekundäre Boykotts und erklärte eine Anzahl unfairer Arbeitspraktiken der Gewerkschaften ausdrücklich für illegal. Mehrere bedeutende Gerichtsentscheidungen haben die Streikfreiheit eingeschränkt und das Ausstellen von Streikposten zu illegalen Zwecken verboten. Die amerikanischen Gewerkschaften genießen auch heute noch große Freiheit, jedoch ist das Pendel der Gesetzgebung seit der Zeit vor zwanzig Jahren nach rechts ausgeschlagen. Der kürzliche Zusammenschluß zwischen AFL und CIO und die Bedeutung, die das Entstehen einer einheitlichen Gewerkschaftsfront für die machtpolitischen Verhältnisse hat, haben vor kurzem dazu geführt, daß die Gewerkschaften erneut eines „Arbeitsmonopols“ beschuldigt wur-

den. Es wurden Forderungen laut, die Gewerkschaftsfrage entsprechend der Antitrust-Gesetzgebung zu regeln.

Politische Betätigung

Die amerikanische Arbeiterschaft hat sich traditionell gescheut, sich auf politische Aktion einzulassen; ihre großen Erfolge hat sie durch direkte wirtschaftliche Aktion durchgesetzt. Die AFL „belohnte ihre Freunde“ und bekämpfte ihre Gegner an der Wahlurne. Sie übernahm jedoch kaum jemals einen umfassenden politischen Propaganda-Feldzug.

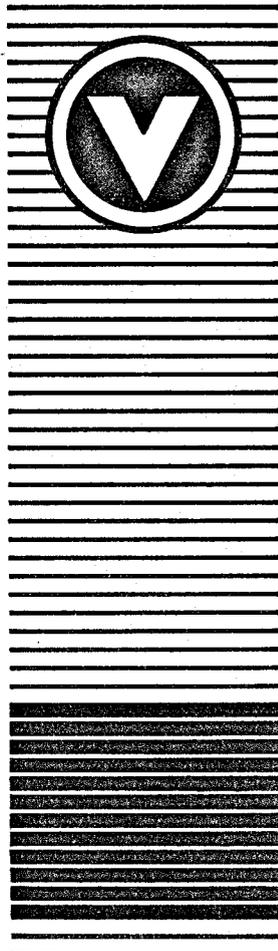
Diese Tendenz wandelt sich heute. In steigendem Maße betätigt sich die amerikanische Arbeiterbewegung als „pressure group“, wenn auch nicht als ausgesprochene politische Partei. Die Arbeiterschaft hat ihre Lobbyisten bei den gesetzgebenden Körperschaften und unterstützt einzelne Kandidaten und Programme. In dem Maße, in dem sich der Regierungseinfluß im Wirtschaftsleben Amerikas stärker geltend macht, wurde die Arbeiterschaft gezwungen, sich zu organisieren, um ihrerseits die Regierung zu beeinflussen. Erziehungsbeihilfen, Steuersenkungen und Programme für öffentliche Arbeiten berühren alle Gewerkschaftsmitglieder. Einige Regierungsprogramme, wie die Gesetze über soziale Sicherheit und die Gesetzgebung über Mindestlöhne, können tiefgreifende Auswirkungen auf die Politik der Kollektivverhandlung zeitigen.

Es ist kaum anzunehmen, daß die amerikanische Gewerk-

schaftsbewegung den Versuch machen wird, eine eigene „dritte“ politische Partei zu gründen. Der Erfolg des Eisenbahner-Verbandes, der „rechts“ wählende Abgeordnete unterstützt und sich von diesen Unterstützung verschafft, die heterogene Struktur der beiden größten amerikanischen Parteien und die immensen Probleme organisatorischer Art, denen sich eine nationale dritte Partei gegenübersehen würde, all das spricht dafür, daß die Gewerkschaften am besten beraten sind, wenn sie ihre Tätigkeit innerhalb des Zwei-Parteien-Systems entfalten. Dennoch lassen die Beunruhigung über den Taft-Hartley-Act und die Anstrengungen von Arbeitgebern, die Gewerkschaften unter die Kontrolle der Antitrust-Gesetze zu bringen, nur einen Schluß zu: Die amerikanische Arbeiterbewegung muß sich in Zukunft in verstärktem Maße der politischen und gesetzgeberischen Aktivität zuwenden.

Die Gewerkschaften und das demokratische Ethos

Trotz aller Unzulänglichkeiten ist das Prinzip der Kollektivverhandlung die demokratischste Methode, die uns zur Bestimmung von Löhnen, Arbeitszeit und anderen Arbeitsbedingungen bekannt ist. Die Wirtschaftsdemokratie ist ein unentbehrliches Element der politischen Demokratie. Nicht alle amerikanischen Gewerkschaften sind „demokratisch“. Einige werden autokratisch geführt und kontrolliert, andere wurden von Gaunern und Gangstern unterwandert, die örtliche Gewerkschaften zu ihrer persönlichen Bereicherung einsetzen. Die politische Apathie vieler amerikanischer Gewerkschaftsmitglieder ist nur zu gut bekannt. Auf das Ganze gesehen, müssen wir jedoch feststellen, daß die amerikanische Gewerkschaftsbewegung einen bedeutenden Beitrag zur politischen wie auch zur Wirtschaftsdemokratie geleistet hat. (McI)



VICTORIA VERSICHERUNGSGRUPPE

Gesamtprämieinnahme der Lebens- und
Sachversicherungs-Gesellschaften im Jahre 1954
151 Millionen DM

Sicherheitsmittel (einschließlich technischer Rück-
stellungen) Ende 1954
446 Millionen DM

Versicherungsleistungen seit der Währungs-
reform bis Ende 1954
288 Millionen DM

Um die Jahreswende 1955/56 Lebensversicherungsbestand
2 MILLIARDEN DM Versicherungssumme
Im Jahre 1955 in der Sachversicherung
62 MILLIONEN DM Prämieinnahme